Was drin ist für dich: Verstehen, warum Trump zum Präsidenten der USA gewählt wurde und wie wir einen ähnlichen Weg in Europa vermeiden können.

Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten im Jahr 2016 war für viele Menschen im Westen ein Schock, denn wir trauen diesem unberechenbaren Außenseiter eigentlich so gut wie alles zu – selbst eine Mauer an der Grenze zu Mexiko. Tatsächlich steht aber mit Trump als Präsidenten noch viel mehr auf dem Spiel als nur ein paar kritische Fragen bei der Einreise, nämlich die gesamte liberal-demokratische Gesellschaftsordnung.

Die folgenden Blinks werfen einen kritischen Blick auf die USA und durchleuchten ihre aktuelle Situation auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene. Dadurch wird die Wahl von Trump in einen Kontext gesetzt und ein Überblick über einige wichtige Zusammenhänge im mächtigsten Land der Erde gegeben.

In diesen Blinks wirst du außerdem herausfinden,

warum die USA so gerne militärische Bedrohungen erfinden,
warum die Wahlkreise dort ziemlich merkwürdige Formen haben, und
wie Mark Zuckerberg eine der mächtigsten politischen Kräfte der USA leiten möchte.

In Zeiten der Unsicherheit opfern wir Freiheit und Demokratie für mehr Sicherheit.

Wenn sie die Gesellschaft der Vereinigten Staaten mit einem Begriff beschreiben müssten, würden die meisten Menschen wohl „Freiheit“ wählen – auf sie sind die Amerikaner seit der Gründung ihres Landes so stolz, dass sie die USA auch gerne „the land of the free“ nennen.

Eine Gesellschaft, die auf Freiheit basiert, braucht eine demokratische Grundordnung. Denn nur in einer Demokratie ist der Staat in der Lage, die Interessen der Mehrheit und der Minderheiten

VISIT…

LANZAROTE Caliente.com

so zu schützen, dass die Menschen möglichst frei, aber gleichzeitig auch in Sicherheit vor Armut und Gewalt leben können. In solch einer demokratischen Gesellschaft müssen alle Mitglieder die Möglichkeit haben, ihre Meinungen offen zu vertreten und den politischen Prozess zu beeinflussen. Dabei hängen die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Ordnung eines Landes eng miteinander zusammen.

Um diese Freiheit dauerhaft zu gewährleisten, muss ein demokratischer Staat im richtigen Maße in die Wirtschaft eingreifen. Wenn er sich zu sehr einmischt und zu viele Vorschriften macht, geht die wirtschaftliche und unternehmerische Freiheit seiner Bürger verloren – doch auch wenn er zu wenig eingreift, nimmt diese Freiheit ab, denn dann beginnt die Marktmacht über immer mehr Bereiche des öffentlichen Lebens zu bestimmen. Daher sind staatliche Auflagen zu Arbeitsrecht, Umweltschutz und vielen anderen Themen eine wesentliche Voraussetzung für eine demokratische Ordnung und im Interesse aller.

Heute sind allerdings viele Menschen so verunsichert, dass sie bereit sind, ihre Freiheit für Ordnung und Halt zu opfern. Das ist ein Muster, das sich in der Geschichte immer wieder gezeigt hat: Je chaotischer die Zeiten, desto größer die Chancen für autoritäre Politikmodelle. Der Aufstieg des Faschismus in Deutschland nach der globalen Wirtschaftskrise 1929 ist ein bekanntes Beispiel dafür.

Die Krisen der letzten Jahre, u.a. die Finanzkrise, die Eurokrise und der Syrienkrieg mit seinen immensen internationalen Verwerfungen, treiben auch heute verunsicherte Wähler in die Arme von autoritären Demagogen – und zwar nicht nur in Europa, sondern auch in den USA. Eigentlich hätten wir also von Donald Trumps Wahlsieg 2016 nicht überrascht sein dürfen.

Doch zum Glück sind die USA eine stabile Demokratie und halten so etwas aus – oder?

Das politische System der USA weist große Demokratiedefizite auf.

Früher galten die USA als absolute Musterdemokratie, doch das hat sich heute geändert. In einer globalen Studie zum Integritätsgrad von Wahlen landeten die USA auf Platz 52 von 153 Ländern, weit hinter Staaten wie Kroatien, der Mongolei oder Südafrika. Was genau sind die Schwachpunkte der US-amerikanischen Demokratie?

Zum einen haben Interessengruppen und vermögende Einzelpersonen einen zu großen Einfluss auf den Wahlausgang. Da der Wahlkampf in den USA direkt und unbegrenzt von der Privatwirtschaft finanziert werden darf, werden die Interessen der Reichen und Konzerne besser vertreten als die der weniger betuchten Durchschnittsbürger. Die Mehrzahl der Abgeordneten und Kandidaten sind außerdem selbst Millionäre mit einem weitverzweigten sozialen Netzwerk – mit Trump und Clinton konkurrierten z.B. gleich zwei Superreiche um das Präsidentenamt.

Zum anderen gibt es auch bei der wichtigen Kongresswahl große demokratische Defizite. Dazu gehört z.B., dass die meisten Wahlbezirke so zugeschnitten sind, dass von vornherein klar ist, welche der Parteien dort gewinnen wird – selbst wenn die Bezirke dadurch reichlich absurde Formen annehmen. Die Wahlkreise sind so gestaltet, dass die Bevölkerung in ihnen sozial, ethnisch, religiös und politisch möglichst homogen ist. Das wiederum führt dazu, dass Kandidaten mit radikaleren Positionen größere Chancen haben und der Kongress dadurch stark polarisiert ist, was die demokratische Kompromissfindung enorm erschwert.

Außerdem haben die jeweiligen Amtsinhaber einen großen Vorteil gegenüber ihren Herausforderern: Sie sind bereits sehr bekannt und erkaufen sich gerne durch finanzielle Zuwendungen, wie z.B. die Sanierung einer Schule, die Loyalität ihrer Wähler. Daher werden Kongressabgeordnete in mehr als 90% der Fälle auch wiedergewählt. Demokratischer Pluralismus sieht anders aus.

Diese Mängel führen insgesamt zu einer weitverbreiteten Wahlmüdigkeit. So lag die Wahlbeteiligung bei der letzten Präsidentenwahl bei nur 58% und Trump erreichte nicht einmal die

Hälfte der abgegebenen Stimmen, sodass er im Endeffekt nur von einem Viertel der Bevölkerung gewählt wurde. Bei den Kongresswahlen lag die Beteiligung sogar nur bei 40%.

Die US-Demokratie ist also zunehmend dysfunktional. Und bestimmte Akteure torpedieren das Vertrauen der Bevölkerung in das System noch zusätzlich.

Die US-amerikanische Gesellschaft wird durch eine enorme soziale Ungleichheit gespalten.

Der bekannte Spruch „Vom Tellerwäscher zum Millionär" klingt heute in den Ohren vieler Amerikaner wie blanker Hohn, denn tatsächlich ist der soziale Aufstieg in den USA extrem schwierig.

Von allen Industrienationen haben die Menschen in den USA die ungleichsten Startchancen. Wer hier arm geboren wird, bleibt in der Regel auch arm: Nur die wenigsten Menschen aus dem ärmsten Bevölkerungsfünftel schaffen es in ihrem Leben in das oberste Einkommensfünftel. Wenn jemand nun zufällig auch noch afroamerikanischer Herkunft ist, löst sich die Chance für einen sozioökonomischen Aufstieg nahezu in Luft auf.

In den letzten Jahren öffnete sich die Schere zwischen Arm und Reich in den USA immer weiter. So zeigt der Gini-Index, der die Ungleichheit von Einkommen in verschiedenen Ländern misst, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den USA schon seit den 1970er-Jahren immer weiter vertieft. Heute weisen unter den OECD-Ländern nur Chile, Mexiko und die Türkei noch drastischere Werte auf.

Während die Realeinkommen des unteren Zehntels der Bevölkerung seit der Finanzkrise 2007/08 um 3,2% sanken, legte das reichste Zehntel um satte 10,6% zu. Die „average Americans", wie sie im Wahlkampf so gerne beschworen werden, gibt es also immer weniger.

Je ungleicher die finanzielle Situation der Bevölkerung, desto weniger teilt diese gemeinsame Interessen. Das reichste Zehntel der Amerikaner, das übrigens über 75% des Vermögens verfügt, kann sich Dinge wie Transportmittel, Gesundheitsversorgung und Bildung ohne Probleme privat kaufen. Daher haben diese Menschen keinen Bedarf an einem Staat, der Steuern erhebt und damit eine entsprechende öffentliche Infrastruktur finanziert.

Die Situation der ärmeren 62%, die nicht einmal 1000 Dollar an Rücklagen besitzen, ist genau umgekehrt. Wenn es für sie keine öffentlichen Leistungen in diesen Bereichen gibt, sind sie schlicht von der gesellschaftlichen Partizipation ausgeschlossen. Die finanzielle Spaltung führt also auch zu einer Aufspaltung der gesellschaftlichen Interessen – und die Situation verschärft sich immer weiter.

Hinzu kommt, dass in den USA noch mehr als in Europa einige wenige, gut organisierte und finanziell mächtige Akteure immensen Einfluss auf die Politik nehmen.

Die neoliberale Tea-Party-Bewegung untergräbt erfolgreich das Vertrauen der Amerikaner in den Staat.

Spätestens seit Sarah Palin haben die meisten von uns schon von der Tea-Party-Bewegung gehört. Aber was genau steckt dahinter?

Erst einmal ist die Bezeichnung „Bewegung“ ziemlich irreführend – eigentlich handelt es sich um ein politisches Netzwerk, das von Wirtschaftsinteressen finanziert und von Lobbyisten und gleichgesinnten Medien kultiviert wird. Deren Ziel ist ein radikaler Nachtwächterstaat, der sich ausschließlich auf juristische, polizeiliche und militärische Aufgaben beschränkt. Da sie dies aber nicht unmittelbar erreichen kann, setzt die Tea-Party auf eine Strategie der Blockade allen staatlichen Handelns und konnte durch ihren (auch finanziellen) Einfluss auf viele republikanische Abgeordnete die Obama-Administration seit 2010 weitgehend blockieren.

Durch die fundamentale Opposition der Tea-Party wird das sowieso schon problembehaftete System der amerikanischen Demokratie zunehmend handlungsunfähig. Dies hat zur Folge, dass das Vertrauen der US-Amerikaner in ihren Staat immer weiter schwindet. So ergab eine repräsentative Umfrage der Washington Post, dass 80% der Amerikaner unzufrieden sind mit der Art und Weise, mit der ihr politisches System (nicht) funktioniert.

Eine Mehrheit der US-Amerikaner entwickelt folglich neoliberale und libertäre Denkansätze, in denen der Staat nicht mehr als mögliche Lösung, sondern nur noch als Teil des Problems betrachtet wird. Diese Denkweise wird noch dadurch verschärft, dass der Durchschnittsbürger in den USA kaum eine Möglichkeit hat, Politik mitzugestalten.

So kommt der jährliche Demokratieindex des Economist zu dem Schluss, dass die USA beim Thema „politische Teilhabe“ nur sehr knapp über einer „unvollständigen Demokratie mit beträchtlichen Fehlfunktionen“ liegt. Ein wichtiger Grund dafür ist aber nicht nur das politische System, sondern auch, dass viele Menschen mittlerweile in zwei oder sogar drei Jobs gleichzeitig arbeiten, um sich und ihre Familie über Wasser zu halten – bei so einem Leben hat niemand mehr Zeit und Energie, sich mit gesellschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen.

Meinungsmacher wie die Tea-Party halten die Bürger noch zusätzlich davon ab, sich für einen sozialen und gerechten Staat zu engagieren – und damit sind sie nicht die einzigen.

Die US-Politik wird von den Interessen weniger Großkonzerne dominiert.

Von wegen Demokratie: Wer in den USA das Geld hat, dominiert auch weitgehend den politischen Prozess – und das heute noch stärker als früher.

Wir sehen heutzutage in den USA eine besorgniserregende Konzentration von wirtschaftlicher und damit politischer Macht bei

einigen wenigen Großkonzernen. Vor allem Medien, Informationstechnologie, Finanzdienstleistungen sowie Öl- und Rüstungsindustrie sind gigantische politische Akteure.

Wie sehr der Staat nach der Pfeife der Konzerne tanzt, wird am Beispiel der Finanzkrise deutlich. Sie war eine Folge der neoliberalen Deregulierung der Finanzmärkte in den 1990er-Jahren. Durch entsprechende Maßnahmen sollte die stagnierende US-Wirtschaft neues Wachstum generieren, was auch vorübergehend gelang. Nach dem Platzen der Immobilienblase 2007 wurde jedoch klar, dass der freie Markt mit seiner unsichtbaren Hand keineswegs immer die besten Ergebnisse bringt.

Der Staat musste eingreifen. Er tat dies allerdings nicht durch sinnvolle, strengere Regulierungen, sondern durch großzügige Finanzspritzen an die strauchelnden Unternehmen. Besonders die als „systemrelevant“ bewerteten Großbanken wurden massiv gestützt. Kleinere Banken gingen pleite, was dazu führte, dass die Großbanken noch mehr Kapital auf ihren Konten konzentrierten. Bis heute finanziert der Staat mittels de facto staatlicher Hypothekenbanken die Risikoabsicherung großer Bankunternehmen mit – und das auf Kosten der Steuerzahler.

Mächtige Wirtschaftskonglomerate aus verschiedenen Branchen nehmen außerdem enormen Einfluss auf politische Entscheidungen. Ihr Ziel ist es, möglichst alle Regulierungen zu verhindern, hohe Subventionen einzustreichen, keine Steuern zu zahlen und die USA langsam zu einem Nachtwächterstaat zu machen.

Um das zu erreichen, setzen sie Wahlkampfspenden, Lobbyunternehmen, Insidernetzwerke und Thinktanks ein, die politische Entscheidungsträger und die öffentliche Meinung gezielt beeinflussen. Das gilt keineswegs nur für angestaubte Industriegiganten: Auch der Facebook-Gründer Mark Zuckerberg erklärte, er wolle mit seiner Lobbygruppe fwd.us „eine der mächtigsten politischen Kräfte“ des Landes werden. Die Chancen stehen gut, denn mit seinem sozialen Netzwerk hält er, ebenso wie

die Gründer von anderen Internet-Giganten, ein mächtiges Instrument zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in seiner Hand.

Doch ein Wirtschaftszweig steht wie kein anderer für die extreme Interessenverflechtung von Privatwirtschaft und Staat: die Rüstungsindustrie.

Die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes bestimmen über Haushalt und Außenpolitik der USA.

Das Schlagwort vom militärisch-industriellen Komplex stammt von Ex-Präsident Dwight D. Eisenhower und beschreibt die mächtige Verschränkung von Militär, Rüstungsindustrie und politischen Eliten. Doch warum ist eigentlich das Rüstungsbudget der USA so enorm hoch? Die Antwort darauf finden wir wie so oft in der klugen Frage: Wem nützt es?

Es gibt in den USA einen gigantischen militärisch-industriellen Komplex, der an den Rüstungsausgaben des Staates gut verdient. Ein Großteil der mehr als einer halben Billion Dollar für Militärausgaben fließt direkt auf die Konten der Rüstungsbetriebe. Dabei handelt es sich häufig nicht wirklich um sinnvolle Militärpolitik, sondern schlicht um verdeckte Industrieförderung.

Seit 2001 hat das Ausmaß dieses gigantischen Komplexes durch eine massive Erhöhung des Militärbudgets noch einmal zugenommen. Heute liegt der Anteil der USA an den weltweiten Rüstungsausgaben bei fast 50%. Trumps Haushaltsentwurf von 2017 enthält noch einmal eine zehnprozentige Erhöhung des Militäretats, sodass noch mehr Geld an die Rüstungsindustrie statt in andere Bereiche fließen wird.

Präsident Eisenhower warnte bereits 1961 vor dieser massiven Interessenverschränkung und ihrer Einflussnahme auf die Politik. Dennoch gelang es keinem Präsidenten, die immensen Rüstungsausgaben zurückzufahren und das Geld sinnvoller zu nutzen – die Verflechtungen von Politik, Industrie und Militär reichen

einfach zu tief. Stattdessen ist die US-Politik dazu gezwungen, immer neue Bedrohungen zu erfinden, da das Zurückfahren der Militärausgaben keine Option darstellt.

Als weitere Folge dieser Interessenverschränkung steht auch die Außenpolitik der USA im Dienst des militärisch-industriellen Komplexes. Es ist z.B. eine gängige Strategie, andere Staaten finanziell zu unterstützen, sie aber gleichzeitig dazu zu verpflichten, amerikanische Rüstungsgüter zu kaufen. Israel erhält auf diese Weise jährlich 3-4 Milliarden Dollar und in den vergangenen Jahren gab es mit weit über 100 Staaten ähnliche Deals. So erkaufen sich die USA die Loyalität der jeweiligen Regierungen und finanzieren zugleich mit öffentlichen Geldern die mächtigen privaten Rüstungskonzerne. Ob es sich bei den Handelspartnern um demokratische Regierungen oder Despoten handelt, ist den USA dabei vollkommen gleichgültig.

Aber wie können sich die USA das alles leisten? Um das zu verstehen, müssen wir uns die Rolle des US-Dollars im Weltwirtschaftssystem näher ansehen.

Die USA sind auf Schulden gebaut – und befinden sich in einem bedrohlichen fiskalpolitischen Dilemma.

Also, wie finanziert man solche ungeheuren Ausgaben? Na klar: auf Pump.

Die gesamte US-Politik basiert auf immenser Verschuldung. Dazu nutzt die Notenbank FED gerne das „Quantitative Easing“, das massive Aufkaufen langlaufender US-Staatsanleihen, das dem Staat zwar billiges Geld bietet aber gleichzeitig die Verschuldung in die Höhe treibt.

Auch in der Wirtschaft verhindert die FED nur noch mittels immenser Finanzspritzen die Kernschmelze des Banken- und Finanzsystems. Von September 2007 bis Dezember 2008 senkte sie z.B. den Leitzins, zu dem sich Banken Geld leihen können, von

5,25% auf 0% und erlaubte damit die kostenlose Refinanzierung der zahlungsunfähigen Großbanken.

Insgesamt pumpte die FED die unvorstellbare Summe von 4,5 Billionen Dollar in das amerikanische Wirtschaftssystem. Diese enorme zusätzliche Geldmenge führt zu einer Abwertung des Dollars am Währungsmarkt, wodurch US-Exporte für andere Länder günstiger werden. Die FED verfolgt mit dieser Strategie also das Ziel, die US-Wirtschaft anzukurbeln.

Die gravierende Folge dieses Vorgehens ist, dass die massive Abwertung des Dollars das Vertrauen der globalen Finanzmärkte in ihn als Leitwährung schwächt. In der Vergangenheit profitierten die USA davon, dass der US-Dollar weltweit als sicherer Hafen für Anleger galt und daher eine staatliche Refinanzierung auf den Finanzmärkten selten ein Problem darstellte.

Die Abwertung der US-Staatsanleihen durch führende Rating-Unternehmen ist ein deutliches Indiz für den Vertrauensverlust. Falls dieses Vertrauen der Weltwirtschaft in den Dollar nachhaltig einbricht, werden es die USA mit massiven Finanzierungsproblemen zu tun bekommen – das dauernde Neudrucken immenser Geldmengen führt nämlich mittelfristig in eine gigantische Inflation.

Das US-System ist auf massive Geldspritzen angewiesen, um weiter zu funktionieren. Werden diese jedoch weiter auf Pump finanziert, verschärfen sich die Refinanzierungsprobleme der USA in der Zukunft nur weiter.

In dieser schwierigen haushaltspolitischen Lage schaffte es nun ein politischer Außenseiter, Präsident der USA zu werden: Donald Trump.

Trump schaffte es, mit seiner Opposition gegen die Freihandelsabkommen verschiedenste gesellschaftliche Kräfte zu gewinnen.

Das Vertrauen der US-Amerikaner in ihre eigenen Eliten ist also zu Recht angeknackst. Und genau das machte sich Donald Trump in seinem Wahlkampf zunutze, als er sich gegen die geplanten Freihandelsabkommen TPP mit dem Pazifikraum und TTIP mit der EU aussprach.

Die Gegner der Freihandelsabkommen in den USA sind eine krude Mischung aus konservativen und progressiven Kräften. Unter ihnen sind z.B. die Gewerkschaften, die vor allem sicherstellen wollen, dass die US-amerikanischen Standards der Arbeitnehmerrechte nicht durch Niedriglohn-Konkurrenz aufgeweicht würden. Ähnliche Argumente sind bei vielen Umweltverbänden zu finden, die eine Reduzierung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner des Umweltschutzes befürchteten – eine durchaus begründete Sorge.

Aber auch konservative Kreise sind gegen die geplanten Freihandelsabkommen. Vor allem protektionistische Kräfte der Tea-Party hielten die Pläne für antiamerikanisch und forderten, ganz im Sinne von Trumps Wahlkampfslogan: „America First!“. Trump machte diese Haltung zu einer seiner zentralen Wahlkampfaussagen und gewann mit dem vereinfachten Versprechen, durch Protektionismus die amerikanische Wirtschaft zu schützen, viele Unterstützer.

Seine Herausforderin Hillary Clinton konnte sich in dieser Frage hingegen nicht überzeugend positionieren. Sie begriff zwar die Zeichen der Zeit und nahm auch selbst im Wahlkampf eine zunehmend kritische Haltung gegenüber den geplanten Abkommen ein – doch das war wenig glaubwürdig, da sie als Außenministerin unter Obama noch eine ganz andere Position vertreten hatte. Dieser Widerspruch war natürlich eine Steilvorlage für Trump, der daraus schlussfolgerte, dass Clinton Wasser predigen und Wein trinken würde. Dadurch konnte er die ehemaligen Industriestaaten Michigan und Pennsylvania auf seine Seite ziehen, in denen die beiden Parteien zuvor gleichauf gelegen hatten.

Außerdem war dieses Thema bei den Demokraten in der Vorwahl bereits von Bernie Sanders besetzt worden, sodass Clinton selbst auch parteiintern keine starke Position zur Frage der Freihandelsabkommen hatte.

TPP und TTIP waren allerdings nicht die einzigen Themen, mit denen Trump erfolgreich die Unsicherheit und Angst der amerikanischen Bevölkerung für seinen Sieg instrumentalisieren konnte.

Trump stellte sich als unkonventionellen Macher dar und baute auf den Rassismus der weißen Mittelschicht.

Trumps Wahlkampf war, gelinde gesagt, unkonventionell – aber erfolgreich. Er nutzte dabei geschickt zwei Narrative: seine Anti-Establishment-Haltung und einen unverblümten Rassismus.

Donald Trump schaffte es, sich als unabhängigen Außenseiter zu stilisieren, der mit der etablierten Politik aufräumen würde. Dabei berief er sich ironischerweise auf seinen eigenen Reichtum, der ihn gegen Bestechung und Lobbyismus immun machen würde. Gleichzeitig symbolisiert dieser Reichtum für viele Amerikaner den ultimativen Erfolg. Dabei hat Trump in seinem Leben zahlreiche Misserfolge zu verzeichnen: Er setzte mehrere Unternehmen in den Sand und verlor ziemlich viel Geld.

Dennoch gelang es ihm, sich den Ruf eines erfolgreichen Geschäftsmannes zu geben, der die USA wie ein gestraucheltes Unternehmen wieder auf Vordermann bringen würde. Dabei half ihm vor allem sein geschickter Umgang mit den Medien – die meisten US-Amerikaner kennen ihn nämlich schon lange aus seiner Reality-TV-Show The Apprentice. Dort zeigte er sich als harter Geschäftsmann und entließ regelmäßig „unfähige“ Arbeitnehmer mit den Worten: „You are fired!“

Sein zweites Ass im Wahl-Ärmel waren seine rassistischen Ausfälle, mit denen er vor allem bei der weißen Mittelschicht punkten konnte, die unter Angst vor dem sozialen Abstieg leidet. Er bezeichnete

mexikanische Einwanderer pauschal als „Drogendealer, Kriminelle und Vergewaltiger“ und profitierte dabei von den weitverbreiteten rassistischen Vorurteilen unter weißen Amerikanern. Solche Vorurteile beruhen nicht zuletzt auf Unkenrufen renommierter Autoren wie Samuel Huntington, der mit seiner These eines „Volkes, das sich selbst abschafft“ die ideelle Grundlage für den neuen Rassismus bereitete.

In seiner gewohnt populistischen Manier präsentierte Trump dann auch gleich die Lösung für das herbeigeredete Problem: eine gigantische Mauer an der Südgrenze des Landes. Gepaart mit seinen wirtschaftspolitischen Versprechen erreichte Trump mit dieser Strategie offenbar einen erschreckend großen Anteil der weißen Bevölkerung.

Auch Europas rechtspopulistische Parteien haben den Erfolg Trumps genauestens verfolgt und wollen ihn nachahmen. Daher ist es an der Zeit, zu überlegen, was in Europa geschehen muss, um die Freiheit, die ein wesentlicher Teil unserer Demokratie ist, zu retten.

Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass uns die Freiheit in Europa erhalten bleibt.

Die europäischen Regierungen sind ihrem „großen Bruder“ schon viel zu lange unkritisch hinterhergelaufen. Es ist an der Zeit, dass wir in Europa selbst anfangen, unsere Freiheit zu verteidigen.

Wir dürfen den USA vor allem nicht blind in den nächsten Krieg folgen. Wir haben gesehen, dass die US-Regierung ständig neue Bedrohungsszenarien entwirft, um ihre exorbitanten Rüstungsausgaben zu rechtfertigen. Anstatt ihnen dabei zur Seite zu springen, sollten sich die europäischen Länder darum bemühen, aus dem globalen Rüstungswettlauf auszusteigen, und lieber eine Weltordnung voranbringen, die auf Kooperation und gemeinsamer Entwicklung beruht.

Europa muss außerdem dem Trend zum globalen Abwertungswettlauf der Währungen widerstehen. Bereits in den 1930er-Jahren zeigte sich, dass die Abwertung der eigenen Währung auf internationaler Ebene desaströse Folgen hat. Nachdem die USA diesen Weg nach der Finanzkrise eingeschlagen haben, sind auch die Bank of Japan sowie die Europäische Zentralbank zu einer extrem lockeren Geldpolitik übergegangen – der Wettlauf hat begonnen, doch jetzt können wir ihn noch stoppen.

Eine dritte wichtige Aufgabe für Europa ist es, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Es ist auch eine Folge der sozialen Ungleichheit, dass immer mehr US-Amerikaner nicht mehr an eine liberal-demokratische Ordnung glauben. Das ist auch kein Wunder, wenn 0,1% der Bevölkerung in ihrem Land die Spielregeln zu ihrer persönlichen Bereicherung manipulieren und die Mehrheit der Menschen in zunehmender Armut versinkt. In einer solchen Situation entstehen gefährliche gesellschaftliche Dynamiken, die die Freiheit ernsthaft bedrohen.

Staatsfeindliche Projekte wie die Tea-Party zeigen, dass gerade die Superreichen die Enttäuschung der Bevölkerung für sich zu instrumentalisieren wissen. Diesen Trend können wir auch heute schon in Europa beobachten und wir sollten schleunigst dafür sorgen, dass er umgekehrt wird – wenn wir nicht auch hier gefährliche und rassistische Populisten wie Trump am Ruder sehen wollen.

Die Welt steht vor großen Umbrüchen, von denen viele in den USA ihren Ausgangspunkt haben. Umso wichtiger ist es, dass alle, die an eine freiheitliche Ordnung glauben, an einem Strang ziehen: in den USA, in Europa und weltweit!

Zusammenfassung

Die Kernaussage dieses Buches ist:

Die USA stecken heute in einer demokratischen und wirtschaftlichen Krise. In der daraus folgenden Unsicherheit sind viele Bürger bereit,

ihre Freiheiten aufzugeben und Populisten wie Donald Trump zu wählen. Damit uns in Europa nicht das Gleiche passiert, müssen wir für unsere Freiheit kämpfen, denn sie ist ein elementarer Teil unserer Demokratie.